

Pressemitteilung vom 18.01.2017

Von Peter Wolf

Kreis Rottweil. „Faktencheck Rente – Altersarmut“ : Ein Thema, das gerade die Generationen der 20- bis 50-Jährigen betrifft. Sie sollten sich mit der Frage beschäftigen, inwiefern ihre zu erwartende Rente ausreicht, ihren Lebensstandard im Alter zu sichern. Sie sind noch in der Lage, durch entsprechende Vorsorgemaßnahmen ein späteres Abrutschen in die Altersarmut zu vermeiden beziehungsweise durch politische Einflussnahme zu verhindern, dass die Rente weiter ausgedünnt wird. Und so richtet sich das Angebot des Kreissenorenrats Rottweil mit einer öffentlichen Veranstaltung zu diesem Thema am Mittwoch, 15. März, im großen Sitzungssaal des Landratsamts in Rottweil auch an diese Altersgruppen, wie der Vorsitzende des Kreissenorenrats, Wilfried Halusa, bei der Vorstands- und Ausschusssitzung unterstrich. Mit Andreas Schwarz, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg, konnte der Kreissenorenrat einen Experten, der dieses brandaktuelle Thema kompetent ausleuchten wird, für die Veranstaltung, zu der die Bevölkerung eingeladen ist, gewinnen.

Egon Kalbacher, stellvertretender Vorsitzender des Kreissenorenrats und Vorstandsmitglied im Landessenorenrat, berichtete von der Mitgliederversammlung beziehungsweise der letzten Vorstandssitzung des Landessenorenrats, bei denen unter anderem auch begrüßt worden sei, dass mit dem früheren CDU-Landtagsabgeordneten Thaddäus Kunzmann die Landesregierung nun den Demografiebeauftragten installiere, den die Seniorenräte schon seit geraumer Zeit forderten. Damit gebe es bei der Landesregierung nur noch einen Ansprechpartner für Seniorenfragen. Weiter sei bei der Versammlung der Auf- und Ausbau örtlicher Versorgungseinrichtungen mit niederschweligen Betreuungsangeboten angeregt worden. Die Erweiterung der Pflegestützpunkte sowie die Berufung eines Pflegebeauftragten seien weitere Punkte auf dem Forderungskatalog des Landessenorenrats, führte Kalbacher aus. Die Fahrsicherheitstrainings-Angebote sollten ausgebaut und von den Senioren verstärkt angenommen werden. Der Landessenorenrat befasse sich außerdem mit den Projekten Mobilität sowie Technik beziehungsweise technische Hilfen im Alter. Ein wichtiges Thema seien die steigenden Kosten in den Pflegeheimen. Bis zu 500 Euro werde die Pflege pro Monat teurer, nicht zuletzt durch die Umstellung von Zwei-Bett- und Ein-Bett-Zimmer. Zudem würden die Investitionskosten nicht mehr durch das Land gefördert. Aus Sicht des Landessenorenrats sei es geboten, die Wertigkeit der Pflegekräfte zu steigern. Sie müssten einfach mehr verdienen. Kalbacher wies auf die Veranstaltung „Senioren im Parlament“ am 17. März, sowie auf die geplante Erhöhung der Zahl der Pflegestützpunkte von 48 auf 72 hin. Ein leidiges Thema bleibe die gerade für ältere Menschen oft so störende musikalische Untermalung von Wortbeiträgen im Fernsehen. Die bisherigen Vorstöße, diesbezüglich eine Verbesserung zu erreichen, seien verpufft, weil hier nur alle neun Landesanstalten der ARD zusammen einen dementsprechenden Entschluss fassen könnten.

Die Mitgliederversammlung des Kreissenorenrats Rottweil findet am Mittwoch, 5. April, im großen Sitzungssaal des Landratsamts in Rottweil statt.

Im Rahmen der Sitzung stellte sich Julika Schoch vor, seit Anfang Januar bei Regina Steimer und damit der Geschäftsstelle des Kreissenorenrats im Landratsamt unter anderem für die Altenfachberatung zuständig. Sie soll zudem im engen Kontakt mit den Kommunen dazu beitragen, dass der Kreissenorenplan mit Leben erfüllt wird. Weitere Aufgaben betreffen die Pflege der Homepage des Kreissenorenrats sowie die Vernetzung der einzelnen Kümmerer vor Ort. Regina Steimer erklärte, dass sie auf den Brief eines Oberndorfers bezüglich der Praxis von Banken, künftig für beleghafte (schriftliche) Überweisungen höhere Gebühren als für Online-Überweisungen zu verlangen, versucht habe, zu erheben, wie die Banken im Kreis verfahren würden. Die Gebührenstruktur sei allerdings derartig unübersichtlich. Man könne aber feststellen,

dass die Gebühren in der Regel zum Nachteil derer, die keine Online-Überweisungen vornehmen könnten, ausfielen.